

Heute vor 28 Jahren



6.2. 1986: Ganz Ohr in Davos. Bundesrat Kurt Furgler (rechts, 1924–2008) und der bayerische CSU-Politiker Franz Josef Strauss (Mitte, 1915–1988) lauschen in Davos am Rande des Management-Symposiums dem ungarisch-amerikanischen Physiker Edward Teller (1908–2003); Teller trug entscheidend zur Erfindung der Wasserstoffbombe bei und trat während Jahrzehnten für zivil genutzte Nuklearenergie ebenso wie für Nuklearwaffen ein. Foto Keystone

Einspruch Gemeinsam den Frieden erhalten

Von Elisabeth Schneider-Schneiter

Die Schweiz wird 2014 die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) präsidieren. Als erstes Land überhaupt hat die Schweiz die Ehre, diese Position bereits zum zweiten Mal inne zu haben. Dies zeigt die Wichtigkeit der Rolle der Schweiz und den Respekt, welchen die Schweiz in der OSZE und auf der internationalen Bühne genießt.

Unter dem Leitmotiv «Eine Sicherheitsgemeinschaft im Dienste der Menschen schaffen» konzentriert sich die Schweiz in ihrem Präsidentschaftsjahr auf drei Hauptgebiete. Dies ist erstens die Förderung von Sicherheit und Stabilität, wo durch Vertrauensbildung zwischen Konfliktparteien Lösungen vor allem im Südkaukasus und im Westbalkan gefunden werden sollen. Zweitens die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen durch die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten zur Umsetzung ihrer humanitären Ziele. Und drittens will die Schweiz eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der OSZE. Dies möchte sie vor allem durch den Einbezug der Zivilgesellschaft erreichen.

Die OSZE ist die grösste regionale Sicherheitsorganisation der Welt und sie fasst den Sicherheitsbegriff sehr weit. Es geht ihr nicht nur um militärische und politische Sicherheit, sondern auch um deren wirtschaftlichen, umweltpolitischen und gesellschaftlichen Dimensionen. Diese breite Definition ermöglicht es der OSZE, sich fortlaufend neuen Herausforderungen anzupassen. Denn Terrorismus, Drogen- oder Menschenhandel lassen sich nicht mit militärischen Lösungen beheben. Es braucht dazu weitgreifende Instrumente, welche die OSZE zur Verfügung stellen kann. Dazu gehören die verschiedenen Feldoperationen, in denen die OSZE vor Ort eingreifen kann oder die Überwachung der demokratischen Prozesse, Minderheitenschutz oder Medienfreiheit in den Teilnehmerstaaten.

Die Schweiz will stärkere Handlungsfähigkeit der OSZE erreichen – durch den Einbezug der Zivilgesellschaft.

Die OSZE ist eine umfassende Organisation, die auf dem Konsensprinzip aufgebaut ist. Dieses Prinzip ermöglicht es vor allem auch kleineren Staaten, sich in die multilateralen Gespräche einzubringen und ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Die Entscheidungen, die von der OSZE gefällt werden, sind zwar nicht bindend. Der Vorteil ist jedoch, dass ihre Implementation sehr wahrscheinlich ist, da der Entscheid von allen Teilnehmerstaaten getragen wird.

Der Frieden in Europa und in den meisten Gebieten der OSZE darf nicht als selbstverständlich angesehen werden. In einer sich stets schneller verändernden Welt muss kontinuierlich an dieser Errungenschaft gearbeitet werden. Die OSZE hat die nötige Infrastruktur, sich dieser Aufgabe anzunehmen. Sie hat einen ständigen Dialog institutionalisiert, der zu Vertrauensbildung und gegenseitigem Verständnis der Teilnehmerstaaten führt. Dieser Infrastruktur muss Sorge getragen werden.

Die Schweiz muss in ihrem Präsidentschaftsjahr versuchen, der OSZE neues Leben einzuhauchen, ohne die geleistete Arbeit zu gefährden. Multilateralismus ist die Zukunft der Friedenserhaltung; die Schweiz kann mit ihrer Erfahrung und guten Arbeit dazu beitragen, dass dieser institutionalisierte Dialog weiterhin erfolgreich bleibt. Ich unterstütze dieses Engagement für Friedensbildung und -erhaltung. Die Schweiz beweist damit Mut, Verantwortung in Europa zu übernehmen.

Elisabeth Schneider-Schneiter, Biel-Benken, Nationalrätin, CVP.

Briefe

Der Bischof und die Toleranz

«Abtreibung ist Privatsache» (Abstimmung am 9. Februar 2014); BaZ diverse

Der Churer Bischof Vitus Huonder, der für die Abtreibungs-Initiative wirbt (BaZ 20.1.2014), ist für mich ein Ärgernis. Wenn ein Mächtiger einer absolutistischen Institution, die während Jahrhunderten eine Blutspur hinterliess und ihre Schuld an vielen Tausend Jugendlichen bis heute nicht abgetragen hat, bei Abtreibungen von Tötungen redet, ist es ekelhaft. Vom Segnen von Waffen sowie von der Ausgrenzung der Geschiedenen und Homosexuellen wollen wir hier gar nicht reden. Vitus Huonder sollte sich vielleicht einmal Gedanken machen über seine Zwangsinstitution und ihr Verhältnis zu Toleranz, zu Frauen, zu Menschenwürde und zu Menschenrechten – im Kontrast zu der Überbetonung von Föten bis zum dritten Monat.

Kurt Kink, Münchenstein

Charakter und Verantwortung

Die Ethnologin Brigitta Hauser-Schäublin schreibt: «Keine Frau legt sich eine ungewollte Schwangerschaft zu just for fun», und sie treibt auch nicht just for fun ab.» (BaZ 3.2.2014) Aber diese Frau hatte vorher «just for fun» Sex mit einem Mann, und nun soll die Solidaritätsgemeinschaft – sprich: die Krankenkasse – für ihren «fun» bezahlen. Nun sollten die Frau und der Mann so viel Charakter und Verantwortungsgefühl haben und für ihr Verhalten selber aufkommen. Ausnahmen sind: Vergewaltigung oder Missbildung des Fötus.

Katharina Weidmann, Ettingen

Zuerst Sicherung des Individualverkehrs

Bahnausbau/Fabi (Abstimmung am 9. Februar 2014); BaZ diverse

Bisher kosteten uns die SBB rund vier Milliarden Franken. Das Geld stammt aus der Umverteilung der Einnahmen aus dem Strassenverkehr. Fakt ist: Einnahmen aus dem Strassenverkehr betragen rund CHF 9,5 Milliarden. Davon flossen 1,75 Milliarden in die Finanzierung des ÖV und 4,14 Milliarden in die allgemeine Bundeskasse. Nun soll eine weitere Milliarde in die SBB abgezweigt

werden. Von bisher vier soll der Topf der SBB mit 6,4 Milliarden gefüllt werden. Ob das Geld erst durch die Bundeskasse fliesst oder direkt von der Strasse auf die Schienen geworfen wird, ist einerlei. Von 9,5 Milliarden der Strassenkasse sollen über sechs Milliarden in die Fabi fließen, während der Individualverkehr gerade mal drei Milliarden für sich in Anspruch nehmen darf.

Der Rest wird auf den Umweltschutz und die Kantone verteilt. Da zwangsläufig Geld für andere Bedürfnisse fehlt, die auch von Automobilisten bezahlt wurden, will man die Mehrwertsteuer erhöhen. Versteckt, aber nicht weniger unverfroren bittet man Autofahrer nochmals zur Kasse, indem man Abzüge für Arbeitswege drastisch kürzt.

Dass der Individualverkehr einen Beitrag an seine Partner auf Schienen bezahlen soll, ist ökonomisch und ökologisch richtig, weil nur zielgerichtetes Nebeneinander Bedürfnisse und Anforderungen an die Mobilität sichern kann. Aber es ist ein legitimes Anliegen des Individualverkehrs, dass er eigene Bedürfnisse, zumindest in redlichem Umfang, aus seiner eigenen Kasse bezahlen kann, bevor diese völlig geplündert wird. Bevor Fabi die ganze Kasse plündert, wollen wir eine gesetzlich verankerte und gesicherte Finanzierung des Individualverkehrs. Deshalb Nein.

Hannalore Jmark, Zwingen

ÖV ist komfortabel und effizient

Über zwei Millionen Personen nutzen für die tägliche Fahrt zur Arbeit Bus, Tram oder insbesondere die Bahn. Ich fahre seit Jahren mit Waldenburgerbahn und SBB nach Basel zur Arbeit. Die Anzahl der ÖV-Benutzer wird weiter steigen. Einerseits wächst das allgemeine Mobilitätsbedürfnis, andererseits stellen immer mehr Personen fest, wie komfortabel und effizient die Fahrt zur Arbeit mit dem ÖV ist. Zeitungen lesen, Mails bearbeiten, Facebook-Status aktualisieren, am PC erste Arbeiten erledigen, eine Viertelstunde powernappen – Zeit kann man im Zug sinnvoll nutzen.

Damit der steigende Pendlerverkehr auch künftig bewältigt werden kann, muss die Infrastruktur ausgebaut werden. Mit Annahme der Fabi-Vorlage legen wir die Basis dafür. Mit Fabi werden aber auch ÖV-Betrieb und Unterhalt langfristig sichergestellt. Die Nordwestschweiz profitiert vom Ja. Mit Entflechtung des Güter-, Regional- und Fernver-

kehrs im Bereich Basel-Muttenz, Entflechtung Pratteln und dem Wendegleis Liestal, wird die Kapazität im Raum Basel ausgebaut und ein Viertelstundentakt für die S-Bahn zwischen Basel und Liestal ermöglicht. Dies erlaubt auch lokalen Zubringern eine Fahrplanverdichtung für optimale Anschlussverbindungen, beispielsweise in Liestal.

Die Schweiz ist als ÖV-Land vorbildlich. Die Vorreiterrolle müssen wir unbedingt aufrechterhalten und ausbauen. Darum stimme ich überzeugt Ja.

Markus Schlup, Waldenburg, Beirat Waldenburgerbahn, Gemeinderat

Der richtige «Weg der Schweiz»

Masseneinwanderungs-Initiative (Abstimmung 9.2.2014); BaZ diverse

Es gibt die berechtigte Sorge, dass eine Annahme der SVP-Initiative dem wirtschaftlich bewährten bilateralen Weg Schaden zufügen wird. Nun gilt es Gegensteuer zu geben. Greifende Argumente finden sich zum Beispiel in der Neujahrsansprache des Bundespräsidenten, Didier Burkhalter. Denn sein Plädoyer für das Festhalten am wirtschaftlichen Erfolgsweg als dem richtigen «Weg der Schweiz» weist auch auf ein wichtiges Ziel hin, nämlich den «zukünftigen Generationen Zukunftsperspektiven zu erhalten». Und diese Zielsetzung steht im Einklang mit dem liberalen Geist unserer Verfassung.

Jürg H. Maurer, Riehen

Ausverkauf der Heimat stoppen

Als Folge der Massenzuwanderung sind offenbar Wohnkosten massiv gestiegen. Deshalb meint es der Bundesrat endlich ernst im Kampf gegen die Immobilienblase. Banken müssen neu Hypotheken mit mehr Eigenmitteln unterlegen. Die Folgen mit wahrscheinlich höheren Hypothekenzinsen muss wieder die ganze Schweizer Bevölkerung tragen. Und gemäss Plakaten der Initiativgegner müssen gesunde Apfelbäume gefällt werden, um zusätzliches Bauland für jährlich 34500 neue, teure Wohnungen zu schaffen. Der stark steigenden Nachfrage nach Wohnraum mit zusätzlichem Druck auf die Preise und dem Ausverkauf der Heimat muss durch Masshalten bei der unkontrollierten Einwanderung Einhalt geboten werden.

Fritz Kunz, Therwil

Der Weltstar war Korporal

Der Mann mit dem unvergesslichen Gesicht/Mit dem Tod von Maximilian Schell verliert die Schweiz einen ihrer wenigen Weltstars; BaZ 3.2.14

Wenn ich an Maximilian Schell denke, so sehe ich zwar auch den grossartigen Film- und Bühnenschauspieler und Regisseur vor mir, aber eindrücklicher noch sind die Töne, die ich in der Erinnerung mit dieser Persönlichkeit verbinde: Carl Maria von Webers «Aufforderung zum Tanz». Unvergesslich ist das Klavierspiel in einem Restaurant in Aarau. Hier bot Füs Maximilian Schell seinen Kameraden der Inf UOS 5 1951 wiederholt einen eindrücklichen Musikgenuss, der uns die harten Momente der Unteroffizierschule in der alten Kaserne für kurze Zeit vergessen liess.

Vermutlich wissen ja nur ganz wenige Menschen, dass dieser Weltstar einmal als Korporal Schweizer Militärdienst leistete. Ob er wohl damals bei der Führung seiner ihm anvertrauten Rekruten sein Talent, zu befehlen und Regie zu führen, entdeckt hat?

Guido Huwyler, Binningen

Weitere Kündigungen von Ärzten

Kantonsspital kommt nicht zur Ruhe; BaZ 31.1.14

Es hat nicht nur David Hänggi (Chefarzt Frauenklinik) die Kündigung eingereicht, sondern es haben auch noch drei weitere Orthopädie-Oberärzte gekündigt. Spital-CEO Heinz Schneider wusste davon schon vor jener Pressekonferenz, an der sieben neue Ärzte vorgestellt wurden. Wie steht es mit der Richtigkeit? Es ist schade um den seinerzeitigen guten Ruf der Orthopädie.

Lisbeth Haas, Reinach

An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: leserbrief@baz.ch BaZ, Leserbrief, 4010 Basel